

Wien, 12. August 1919.

Zahl 219/2  
ad Zl. 3761/reg.

An die

f ü r s t l i c h e R e g i e r u n g ,

V a d u z .

Nach Erhalt der obigen Samstag den 9. d. M. abends mir zugekommenen Note versuchte ich noch vor meiner Berichterstattung an Seine Durchlaucht Montag Vormittag eine Besprechung mit dem Staatssekretär für Finanzen und dem Referenten Ministerialrat Schauburger zu erlangen, was mir jedoch nicht gelang. Mittags fuhr ich zum mündlichen Vortrage nach Feldsberg zum regierenden Herrn, woselbst Seine Durchlaucht gestern den Beschluß des Landtages betreffend Aufhebung des Zollvertrages mit Deutschösterreich unter der Voraussetzung zu sanktionieren geruht haben, daß der bisherige Zustand in solange aufrecht bleibt und loyal eingehalten wird, bis meine Verhandlungen mit der Deutschösterreichischen Regierung den wechselseitigen Austausch - und Grenzverkehr sicher gestellt und einvernehmlich den Zeitpunkt festgesetzt haben, in welchem es der Deutschösterreichischen Regierung technisch möglich sein wird, die Verlegung der Zollgrenze durchzuführen. Hievon wollen Eure Durchlaucht die Mitglieder der fürstlichen Regierung sowie die Bevölkerung durch entsprechende Zeitungsverlautbarung ungesäumt in Kenntniß setzen. Die Abschrift einer für österreichische Verhältnisse zugeschnittenen Zeitungsnotiz folgt mit.-

Ich bin noch Nachts aus Feldsberg zurück gekommen und werde heute um 12 Uhr Mittag mit dem Leiter des Staats

./.

amtes für Aeußeres Gesandten Ippen die Aufkündigung des Vertrages mitteilen und wurde mir für Morgen ein Empfang beim Staatssekretär für Finanzen Dr. Schumpeter bereits in Aussicht gestellt. Dienstag den 19. reise ich von hier nach Vaduz ab und hoffe, bei meiner Ankunft am 20. die fürstliche Regierung sowie die Finanzkommission eingehender über die Lage informieren zu können.

Ich füge noch bei, daß ich im Gegenstande mit großer Vorsicht vorgehen muß, um die bisher ausschließlich von der Deutschösterreichischen Regierung stets bewiesene Geneigtheit zur Zahlung der aus dem Zollvertrag sich ergebenden Verpflichtungen pro präterito nicht zu erschüttern und auch die Situation für die präferentielle Behandlung der Liechtensteinischen Vermögenswerte in Deutschösterreich bei der Vermögensabgabe sowie der im Besitze von liechtensteinischen Staatsbürgern befindlichen ungestempelten Banknoten nichtungünstig zu beeinflussen.

Der fürstliche Gesandte:



Nachtrag : Gesandter von I p p e n hat die Aufkündigung entschieden sehr ernst aufgenommen und ich habe den Eindruck, daß sie Deutschösterreich sehr unangenehm berührt. Man arbeitet eben daran, dem Fürstentume einen neuen Vertrag vorzuschlagen. Ippen meint, daß die effektive Verlegung der Zollgrenzen nicht vor dem ersten Januar möglich sein werde, während ich den 1. Oktober vorgeschlagen hatte. Ich habe mich bemüht eine Besprechung von Vertretern des Staatsamtes für Aeußeres und für Finanzen für den 18. August zu erzielen, um hierbei Grundzüge für den Austauschverkehr und für die Verlegung der

Grenzen vor meiner Abreise festzulegen oder wenigstens mitzubekommen. Ippen glaubt, daß es kaum möglich sein wird, daß Deutschösterreich sich bis dahin irgendwie meritorisch äußert. Die gewünschten Ausfuhrobjekte mit Ausnahme von Salz sind in Deutschösterreich - zunächst wenigstens - kaum erhältlich.

N a c h t r a g vom 14. August 1919.

./.  
*(Ich habe die Beilage dem Herrn ...)*  
Ich habe gestern die schriftliche Aufkündigung laut Beilage dem Gesandten I p p e n zugestellt und dem Staatssekretär für Finanzen, Dr. S c h u m p e t e r persönlich überreicht. Durch das Morgenblatt der "Neuen Freien Presse" war auf Grund der mitfolgenden Notiz in diesem Staatsamte der Landtagsbeschluß schon bekannt und stand der Staatssekretär und die Herren des Präsidiums unter dem Eindrucke der vollen Zuwendung Liechtenstein an die Schweiz.- Ich habe mich bemüht, die Gründe auseinanderzusetzen und zu betonen, daß kein Deutschösterreich feindlicher Akt geschaffen werden solle und daß die Orientierung des Landes in wirtschaftlicher Beziehung nach Deutschösterreich und der Schweiz in gleicher Weise intentiert sei.

Derartig gefärbte Berichterstattungen in der Schweiz müßten aber entschieden unterbleiben, bezw. durch die dortige Gesandtschaft richtig gestellt werden, wenn nicht hier arge Verstimmungen die Folge sein sollen. Ich habe am Abend die mitfolgende Mitteilung durch das Korrespondenzbüro herausgegeben und die "Neue Freie Presse" separat um Aufnahme ersucht. Soweit ich bisher konstatieren konnte, haben Presse und Reichspost das Kommuniqué un-

12 AUG. 1919

3978

verändert gebracht.

Ich besprach auch in großen Zügen mit Staatssekretär Dr. Schumpe ter die notwendige Valutaregulierung, bei welcher er lebhaftere Unterstützung in Aussicht stellt. Verlautbarungen wegen Ueberganges zur Francwährung wären aber durchaus zu vermeiden, bis auf Grund der Vorschläge, die ich mündlich bringe, die liechtensteinische Krone stabilisiert und gegenüber der deutsch-österreichischen im Kurse gestiegen sein wird; erst dann ist an den Uebergang zur Francwährung zu denken. Das etwas hietzige Vorgehen des hohen Landtages ist nur geeignet, den richtigen Endzweck zu gefährden und erlaube ich mir, etwas Vorsicht zu empfehlen.

Stallenden